Rudolf Hickel Bremen, Ende 2025

Bremen im Visier des Jahreswechsels 2025/2026

Deutschlands wirtschaftliche Schwäche verunsichert

Die Bilanz Deutschlands zum Ende dieses Jahres **2025** fällt gespalten aus. Die Gesamtwirtschaft stagniert. Ein konjunktureller Aufschwung ist nicht in Sicht. Vor allem aus der Industrie nehmen die Meldungen über den Abbau von Arbeitsplätzen zu. Einfluss gewinnt die zerstörerische Politik von außen: Putin führt unerbittlich seinen Eroberungskrieg gegen die Ukraine fort. Trump dagegen demontiert die ohnehin fragil regelbasierte Weltwirtschaft zugunsten eines allerdings auch für die USA schädlichen „America first"-Imperialismus. 2025 geht als Jahr der Rückkehr zu einem sich aufschaukelnden Protektionismus mit dem Instrument Straf-Zollpolitik in die Geschichte ein. Es ist aber auch am Ende das Jahr, in dem der Schwur auf die Herstellung der Klimaneutralität gelockert wird. So verschiebt die EU unter dem Druck der deutschen Bundesregierung das in der EU angestrebte Ende der Verbrennungsmotoren für Automobile und weicht das Zwischenziel 2040 zur Klimaneutralität 2050 auf. Aber auch die soziale Spaltung ist vorangeschritten. Vererbt wird ins neue Jahr steigende Armut bei gleichzeitiger Reichtumsvermehrung. Damit sind die Herausforderungen in 2026 klar. Erforderlich ist eine Politik mit mehr Tempo bei der ökonomisch effizienten, ökologisch nachhaltigen und sozial verantwortlichen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu muss die derzeit knappe Ressource Vertrauen in eine handlungsfähige Politik reaktiviert werden. Dazu gehört die eindeutige Verteidigung der Demokratie gegen die sie bedrohenden Kräfte.

Bremen punktet erfolgreich im Sog der Mehrfachkrise

All diese Erfahrungen in 2025 und Herausforderungen im neuen Jahr bewegen den Stadtstaat Bremen. Im Zentrum der Bilanz 2025 steht eine gute Nachricht: Nach jüngsten Angaben des Statistischen Landesamtes lag im ersten Halbjahr 2025 der Zwei-Städte-Staat beim Wirtschaftswachstum mit 2,9% über der Stagnationsrate im Durchschnitt Deutschlands. Dagegen sind in der gleichen Periode Baden-Württemberg und Bayern leicht geschrumpft. Recht hat der Präses der Industrie –und Handelskammer André Grobien mit seiner Zusammenfassung im letzten Konjunkturreport in 2025: „Der Norden erweist sich als Wachstumsträger". Die Treiber sind: Flugzeuge, Schiffe, Weltraum, aber auch die Häfen, die auch von den steigenden Rüstungsausgaben profitieren.

Gemeldet werden vor allem im industriellen Bereich kriselnde Unternehmen mit dem Schwerpunkt Exporte. Auch die Banken Bremens vermelden zunehmende Risiken bis hin zu Insolvenzen im Mittelstand und Handwerk. Abgesehen von den eigenen Bemühungen braucht deshalb Bremen die Erfolge der bundesweiten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Und da gibt es durchaus Hoffnung auf eine Besserung im neuen Jahr. Die Binnenwirtschaft des Landes Bremen wird vor allem aber durch das „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“ mit einem Gesamtvolumen von 500 Mrd. € aber auch durch die Auswirkungen steigender Rüstungsausgaben auf Produktionsstandorte in den beiden Städten gestärkt. Auch gibt es trotz des wachsenden Protektionismus aus den USA sowie der aggressiven Handelspolitik Chinas Anzeichen für Zugewinne in der deutschen Exportwirtschaft.

Epochales Urteil aus Bremen: Klimakrise „außergewöhnliche Notlage“ – Ausnahme von der Schuldenbremse

Gegenüber der vorherrschenden Haushaltsnotlage bringen finanzpolitische Maßnahmen des Bundes sowie der allerdings schwache Aufschwung fiskalisch Entlastung. Das ist wichtig. Denn der Staatsgerichtshof hat mit seinem epochalen Urteil zur Klage der CDU im letzten Jahr eine Finanzierungsquelle für verfassungswidrig erklärt. Die Kreditaufnahme im Rahmen der Nachtragshaushalte 2023/2024, die mit der „außergewöhnlichen Notlage“ zu begründen versucht wurden, ist dem Land Bremen untersagt worden. Dabei lohnt der genaue Blick auf dieses Urteil: Ausgabenprojekte wie etwa Gelder für die Gesundheit Nord und BSAG lassen sich mit einer „außergewöhnlichen Notlage“ nicht ausreichend begründen und damit nicht per Kredite finanzieren. Dagegen wird im Widerspruch zur Klage der CDU erstmals die Klimakrise als „außergewöhnliche Notlage“ anerkannt. Erstmals rechtfertigt ein deutsches Gericht die Kreditfinanzierung für Maßnahmen gegen die Klimakrise als vereinbar mit der Ausnahmeregel der Schuldenbremse.

Schritt in die richtige Richtung: Sonderprogramm 2026 für das Land Bremen

Zurück zur haushaltspolitischen Lage des Landes Bremen: Durch die die Finanzierung verbessernden Änderungen zur Schuldenbremse konzentriert sich Bremen auf ein Sonderprogramm über 354 Mio. €. Die Mittel kommen vor allem aus den dem Land zugewiesenen Mitteln des „Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität“. Diese werden ausgegeben etwa für Straßenausbau

(einschließlich Fahrradwege), die Sanierung von Sportanlagen, die Digitalisierung, Erneuerung der Kaianlangen im Containerhafen Bremerhaven,

das Ausscheiden von Kohlendioxyd beim Kraftwerk in Mittelsbüren zu dessen Verpressung in der Nordsee sowie der Scharounbau in Bremerhaven.

Noch ein Gerichtsurteil: Was kostet der Freimarkt?
Übrigens ist im letzten Jahr der Bremer Senat durch ein weiteres Gerichtsurteil, dieses Mal vom Oberverwaltungsgereicht, kurz vor Ende 2025 belehrt worden. Die Gebührenerhöhung für die Schausteller im Sinne der angestrebten Querfinanzierung für den Freimarkt, den Weihnachtsmarkt sowie die Osterwiese wird als nicht angemessen hoch zurückgewiesen. Gefordert wird dagegen eine „transparente Kalkulation". Dazu gehört über die Nutzung als kommunale Einnahmequelle hinaus „ein Gemeinwohlabschlag", der der Bedeutung dieser drei Märkte für die gesamtstädtische Entwicklung Rechnung trägt.

Auch noch ein Rechtsstreit: Was kostet der Exit aus dem Staatsratsamt?
Und dann hat dieses finanzielle Notlagenland auch noch den Streit um die Ablösung von Verantwortlichen in Staatsratsämtern getroffen. Die Oppositionsparteien haben zur Klärung einen Untersuchungsausschuss durchgesetzt. Allerdings liegt die Frage, ob alles rechtens zugegangen ist, eigentlich bei der Justiz. Gegen wachsenden Politikverdruss ist zu hoffen, dass statt einer parteipolitischen Ausschlachtung eine tragfähige, rechtlich klare Lösung gefunden wird.

2026: Zeichen für Bremens Exzellenz: Über die Universität hinaus
Unbestreitbar, die Herausforderungen im soeben begonnenen neuen Jahr sind riesig. Vieles hängt von der Stärkung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und Sicherung der Jobs ab. Bremen muss deshalb seine Chancen als erfolgreicher Wirtschaftsstandort auch unterstützt durch die hochwertige Wissenschaft vor Ort nutzen. Die Hoffnung ist groß, dass nach mühseliger Arbeit die Uni Bremen zusammen mit der Uni Oldenburg den Status „Exzellenz" im neuen Jahr erhält. Das bringt auch Geld und Standortvorteile für Bremen. Bremen weiter zum High-Tech-Standort mit Dienstleistungsproduktion auszubauen, steht auch 2026 auf der Agenda. Die Infrastruktur muss modernisiert und das Bildungs- und Ausbildungswesen gestärkt werden. Dazu gehört aber auch die Arbeit am Standort Bremen gegen wachsende soziale Spaltung. Hierzu müssen die Angebote in besonders betroffenen Quartieren gestärkt werden.

Einheitsfeier in Bremen: Der Stadtstaat „..als ein Glück für das Ganze“

Das neue Jahr bietet eine spektakuläre Möglichkeit, den bunten Stadtstaat zu präsentieren. Am 3. Oktober findet die Einheitsfeier dieses Mal in Bremen statt. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Im Rahmen der Einheitsfeierlichkeiten kann das kleinste Land im Bund zeigen, dass sich dieses als ökonomischer und ökologischer Standort mit dem notwendigen Einsatz gegen soziale Armut lohnt. Arnold Duckwitz (1802-1881), Bürgermeister und Reichshandelsminister in der 48erRegierung hat die Bestandsgarantie Bremens als Bundesland aktuell zutreffend formuliert: Bremen „soll seine Stellung in solcher Weise nehmen, dass seine Selbstständigkeit als ein Glück für das Ganze, seine Existenz als Notwendigkeit angesehen wird.“ ----